

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

während andere die Bürgerbeteiligung gern einschränken möchten, haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungsprozessen zu stärken und auszuweiten. Dazu haben wir uns diese Woche mit dem Leiter der Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg Ulrich Arndt sowie der Leiterin Kommunale Demokratie und Ansprechpartnerin für Bürgerbegehren beim Verein Mehr Demokratie Susanne Socher bei einem Fachgespräch im Bayerischen Landtag ausgetauscht.

Denn wir wollen, dass sich die Menschen im Freistaat wieder stärker bei der politischen Entscheidungsfindung mitgenommen und mit ihren Alltagsproblemen gesehen und gehört fühlen. Als Fraktion sind wir überzeugt: Mehr direkte Demokratie stärkt unser



demokratisches System, denn sie ermöglicht Mitbestimmung bei konkreten Belangen vor Ort. Bisherige Teilhabemöglichkeiten wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben sich bewährt, müssen aber in das 21. Jahrhundert geführt werden.

Die Verfahren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden müssen vereinfacht sowie der Zugang zu relevanten Informationen weiter erleichtert werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei unseren Kommunen zu: Ziel muss sein, dass Projektverantwortliche und die Verwaltung mit dialogorientierten Formaten sicherstellen, dass bestehende Interessen frühzeitig in die Planung eingebunden, Konflikte reduziert und die Planungsergebnisse auf breiten Konsens gestützt werden können.

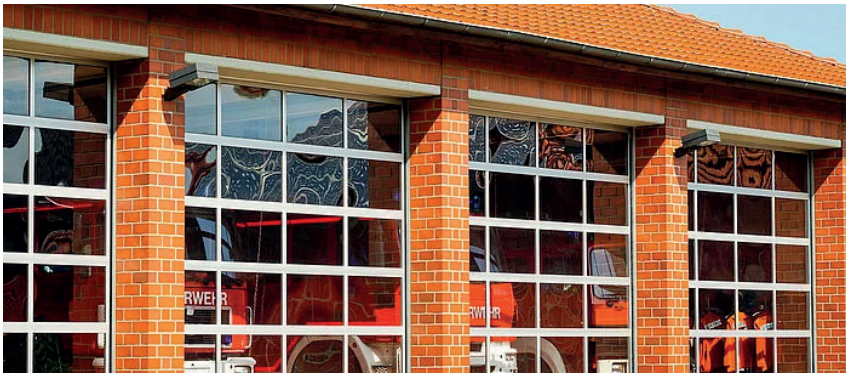
Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass Infrastrukturprojekte deutlich eher erfolgreich umgesetzt werden, wenn Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in die Planungen in einem dialogischen Prozess eingebunden werden. Die Verwaltungen tun daher gut daran, die Bürgerschaft bei Großprojekten mitzunehmen und den offenen Dialog zu suchen – schließlich liegt im Bürgerdialog auch die Chance, der leisen Mehrheit in der Bevölkerung eine Stimme zu geben.

Eine schöne neue Woche wünscht

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alexander Hold'.

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

UNSER DRINGLICHKEITSANTRAG: BAURECHT FÜR SCHULEN, KITAS UND FEUERWEHRHÄUSER VEREINFACHEN

Diese Woche haben wir uns mittels Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, dass bürokratische Prozesse für den Bau kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge vereinfacht werden. Deshalb wollen wir die Bayerische Bauordnung dahingehend ändern, dass Gebäude wie Feuerwehrehäuser, Rettungsdienste, Schulen und Kindertagesstätten privilegiert werden. Unser Ziel ist es, die Errichtung dieser wichtigen Gebäude zu beschleunigen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Eine weitere Möglichkeit zur Vereinfachung sehen wir in der Schaffung eines Standard-Gebäudetyps, um weitgehend vorgeplante, an die lokalen Gegebenheiten anpassbare Gebäude errichten zu können.

Die Sicherstellung der Daseinsvorsorge ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Durch die Privilegierungen können Kommunen ihre grundlegenden Aufgaben schneller und effizienter erfüllen. Insbesondere die erleichterte Genehmigung von Feuerwehrezufahrten auf Bundes- und Staatsstraßen ist essentiell für die öffentliche Sicherheit und eine schnelle Reaktion im Notfall. Hinzu kommt: Die Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsprozesse stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht eine zügigere Bereitstellung wichtiger Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger. Damit schaffen wir eine Entbürokratisierung, die direkt den Menschen in Bayern zugutekommt. Mehr [\[HIER\]](#).

UNSERE WOHNRAUMOFFENSIVE: WOHNEIGENTUM MIT GEZIELTEN STEUERLICHEN ANREIZEN BEZAHLBAR MACHEN

Um den stagnierenden Wohnungsbau in Bayern anzukurbeln, haben wir diese Woche ein umfassendes Antragspaket in den Haushaltsausschuss des Landtags eingebracht.

Denn seit dem Auslaufen der staatlichen Förderung im Jahr 2021 ist die Wohneigentumsquote stark gesunken. Wir wollen daher zurück zur bewährten steuerlichen Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum – gerade auch mit Blick auf Familien mit mittlerem Einkommen. Konkret plädieren wir dafür, eine Zulage einzuführen, durch die über zehn Jahre hinweg jährlich fünf Prozent der Anschaffungskosten von der Einkommensteuer abgesetzt werden können. Das ist die beste Absicherung gegen Altersarmut.

Auch der Bau von Mietwohnungen sollte stärker gefördert werden. Wir fordern, dass Vermieter die Kosten für den Bau schneller von der Steuer abziehen können. Die Hälfte der Summe soll bereits in den ersten fünf Jahren absetzbar sein. Damit gezielt mehr Platz für Eltern und Kinder entsteht, ist diese Hilfe an eine Bedingung geknüpft: Die Steuervorteile gibt es nur, wenn bei einem Projekt mindestens jede zehnte Wohnung eine Familienwohnung mit vier oder mehr Zimmern inklusive Küche ist. Klar ist, dass steuerliche Hemmnisse unbedingt beseitigt und Bürokratiehürden abgebaut werden müssen. Wir werden deshalb prüfen, ob die Abzugsfähigkeit von Darlehenszinsen und der Wegfall der Grunderwerbsteuer beim ersten Immobilienkauf die nötigen Anreize gerade für junge Menschen setzen. Ein Woh-



nungskauf, der wegen zu hoher Lasten gar nicht erst stattfindet, bringt dem Staat keine Einnahmen. Mit kostenfreien Grundbucheintragen nach österreichischem Vorbild wollen wir den Weg ins Eigenheim daher weiter erleichtern. Auch die Umnutzung von Gewerbe in Wohnraum muss attraktiver gestaltet werden – etwa durch klare pauschale Mindestsummen für die steuerliche Einordnung als Neubau. Mehr [\[HIER\]](#).

SICHERHEIT UND DEMOKRATIE IM FOKUS: UNSER DRINGLICHSANTRAG GEGEN EXTREMISTISCHE GEWALT

Das Fundament des Rechtsstaats bilden der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Sicherheit der Menschen im Land sowie die besondere Verantwortung für jüdisches Leben. Vor diesem Hintergrund habe ich einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um gegen islamistische Ideologien vorzugehen, die Gewalt verherrlichen, Antisemitismus fördern und das Existenzrecht Israels anzweifeln. Denn solche Ideologien stehen im klaren Widerspruch zu unseren Grundwerten und sind mit den Prinzipien unseres Gemeinwesens unvereinbar. Wir werden extremistischen Bestrebungen mit klarer Haltung, rechtsstaatlicher Konsequenz und wirksamen Instrumenten begegnen.



Gleichzeitig steht zweifelsfrei fest, dass der Islam Teil der religiösen Vielfalt in Bayern ist und unter dem Schutz der Religionsfreiheit steht. Maßnahmen gegen Islamismus richten sich daher ausdrücklich nicht gegen gläubige Musliminnen und Muslime, sondern ausschließlich gegen extremistische Akteure. Die Staatsregierung wird alle rechtsstaatlichen Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen nutzen, um islamistische Aktivitäten frühzeitig zu unterbinden. Dazu gehören wirksame Vereins- und Betätigungsverbote sowie die konsequente strafrechtliche Verfolgung extremistischer Straftaten. Besonderes Augenmerk liegt außerdem auf dem Schutz junger Menschen vor Radikalisierung, vor allem durch die Sozialen Medien. Hier-

für stärken wir Präventions- und De-radikalisierungsmaßnahmen in der politischen Bildung, der Jugendarbeit sowie in Schulen und Vereinen. Mehr [\[HIER\]](#).



UNSERE FORDERUNG: BÜROKRATIE- ABBAU BEI BAUVORHABEN ZUM SCHUTZ VON LEIB UND LEBEN

Der Umweltausschuss hat diese Woche über Beschleunigungsmöglichkeiten im Genehmigungsrecht für Bauvorhaben zum Schutz von Leib und Leben beraten. Grundlage hierfür war ein Antrag unserer Fraktion. Denn bislang verzögern sich solche Projekte oftmals unter anderem wegen langjähriger artenschutzrechtlicher Prüfungen und der Bereitstellung von Ausgleichsflächen – beispielsweise im Bereich des Hochwasserschutzes.

Deshalb fordern wir eine Anpassung der Normen für artenschutzrechtliche Prüfungen und den natur- und artenschutzrechtlichen Eingriffsausgleich auf Bundesebene. Bauten, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, dürfen nicht länger unnötig verzögert und verteuert werden. Das betrifft neben Vorhaben in den Bereichen Katastrophen- und Zivilschutz auch Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser, integrierte Leitstellen sowie boden- und luftgebundene Rettungsdienste.

Die Problematik wird in den nächsten Jahren weiter an Dringlichkeit ge-

winnen, da durch den Klimawandel Starkregenereignisse und Überflutungen zunehmen werden. Wir wollen deshalb Erleichterungen für alle Menschen und Organisationen auf den Weg bringen, die einen Beitrag zum Schutz von Leib und Leben leisten. Gerade bei Bauten zum Hochwasserschutz, wie etwa Deichen und Rückhaltebecken, ist eine Trendumkehr dringend notwendig. Mehr [\[HIER\]](#).

#BRINGBACK2016

Was hat unsere Fraktion 2016 umgetrieben? Welche Themen haben die Abgeordneten beschäftigt, welche Termine haben sie wahrgenommen?

Auf Social Media haben wir diese Woche zurückschaut und festgestellt: Früher war gar nicht alles besser. Zum Post auf Instagram geht's [\[HIER\]](#).



#WEREMEMBER: SO HABEN WIR AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS ERINNERT

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus darf nicht aufhören – als Mahnung und als Weckruf für alle, die unsere Demokratie als selbstverständlich erachten. Wir haben am 27. Januar auch den Menschen gedacht, die ihre Werte und ihre Barmherzigkeit über ein gnadenloses System der Unterdrückung gestellt haben und dafür teils mit ihrem Leben bezahlen mussten. Zum Post auf Instagram geht's [\[HIER\]](#).

#REELDERWOCHE: SO BAUEN WIR SCHNELLER FÜR FEUERWEHREN UND KOMMUNEN

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns ein für Vereinfachungen der bürokratischen Prozesse für den Bau kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Das heißt: Wir wollen die Errichtung von Gebäuden von öffentlichem Interesse – darunter Feuerwehrhäuser, Rettungsdienste, Schulen und Kindertagesstätten – beschleunigen und den Verwaltungsaufwand reduzieren.

Das stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht eine zügigere Bereitstellung wichtiger Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger. Mehr dazu gibt's [\[HIER\]](#) im Reel.

ISLAMISMUS ENTSCIEDEN BEKÄMPFEN!

Wir zeigen klare Kante gegen Islamismus: Mit einem Dringlichkeitsantrag setzen wir uns für eine entschlossene Bekämpfung islamistischer Ideologien und den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein.

Das fordere ich in unserem Antrag: Sicherheitsbehörden stärken, bestehende rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, darunter etwa Vereins- und Betätigungsverbote und Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen weiter ausbauen. Zum Beitrag geht's [\[HIER\]](#).

GEMEINSAM VOR HOCHWASSER SCHÜTZEN!

Zusammen auf dem Weg zur Schwammregion: Diesen Weg geht die Arbeitsgemeinschaft Solidarischer Hochwasserschutz e.V. (ARGE). Auf Initiative unseres Landtagsabgeordneten Roland Weigert informier-

ten Vertreter der ARGE im Maximilianeum über Ziele und laufende Projekte des kommunalen Zusammenschlusses. Die ARGE vereint mittlerweile 27 Städte und Gemeinden entlang der Paar. Ein zentraler Baustein der ARGE-Strategie ist der Aufbau eines KI-gestützten Echtzeit-Frühwarnsystems. Wir gratulieren recht herzlich unseren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern im neu geschaffenen Kuratorium der ARGE, einem politischen Gremium zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft. Zum Post geht's [\[HIER\]](#).

#STREIBLSSTANDPUNKT: DIE MSC HAT RELEVANZ!

Vom 13. bis 15. Februar 2026 findet sie wieder im Hotel Bayerischer Hof statt: Die Münchner Sicherheitskonferenz #msc2026. Warum sie ein wichtiger Termin und nicht aus dem Kalender der Landeshauptstadt wegzudenken ist, erläutert unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl im wöchentlichen Social Media-Format #StreiblsStandpunkt. [\[HIER\]](#) geht's zum Reel!

GELEBTE DEMOKRATIE IM KLASSENZIMMER: PODIUMSDISKUSSION AM ALLGÄU-GYMNASIUM

Als ehemaliger Staatsanwalt und Richter habe ich früh erfahren, wie wichtig Recht und Verantwortung für unsere Gesellschaft sind. Später bin ich in die Politik gegangen, um diese Erfahrungen direkt in die Gestaltung unseres Landes einzubringen. Umso mehr hat es mich gefreut, diese Perspektiven bei einer Podiumsdiskussion am Allgäu-Gymnasium in Kempten mit Schülerinnen und Schülern der 11. Klassen zu teilen.

Meine Politikerkollegen Joachim Konrad (CSU), Katharina Schrader (SPD) und Dominik Tartler (Bündnis 90/Grünen) und ich haben uns zentralen politischen und gesellschaftlichen Fragen der Jugendlichen gestellt, welche die Politik-AG im Vorfeld gemeinsam erarbeitet hatte. Diskutiert wurden beispielsweise ein mögliches Social-Media-Verbot für Jugendliche am Beispiel Australiens oder der aktuelle Stand der Digitalisierung an unseren Schulen. Auch die Sicherheit junger Frauen in der heutigen Zeit war ein fundamentales Thema sowie der sinnvolle Einsatz Künstlicher Intelligenz an Schulen. Ich finde es großartig, dass ich Jugendliche reflektiert und engagiert mit solchen Themen beschäftigen und sich den Herausforderungen der Zukunft somit bewusst stellen. Jugendliche, die Politik wie bei dieser Podiumsdiskussion aktiv erleben, werden zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Sie erkennen, dass ihre Stimme zählt, dass Beteiligung Sinn macht und dass sie die Zukunft mitgestalten können.



EIN ZEICHEN GEGEN DAS VERGESSEN: EINWEIHUNG DER FÜNF INFORMATIONSPUNKTE ZUR NS-GESCHICHTE

Wir stehen bekanntermaßen vor zahlreichen großen Herausforderungen. Gerade mit Blick auf unsere deutsche Vergangenheit liegt es in der Natur der Dinge, dass die Zeitzeugen des Holocausts und der schrecklichen NS-Verbrechen aussterben und nicht mehr aus erster Hand von ihren persönlichen Erlebnissen berichten können. Ausgerechnet jetzt, in einer Zeit, in der rechtsgerichtete Parteien immer mehr Zulauf haben und versuchen, speziell junge, unerfahrene Menschen für sich zu gewinnen. Es ist daher umso wichtiger, die Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Zeit für junge Menschen auf andere Weise lebendig zu halten. Geschichte darf nicht verblassen – sie muss erfahrbar bleiben. Auch bei uns in der Stadt Kempten braucht die Erinnerung einen festen Platz. Das Kulturamt hat hier das Projekt »Stelen zur NS-Geschichte in Kempten« gestartet und ich habe mich beim Freistaat Bayern mit Nachdruck für dieses

wichtige Vorhaben stark gemacht und eine Förderung von und rund 70.000 Euro nach Kempten geholt, die die Realisierung erst möglich gemacht hat. Die insgesamt sieben Informationspunkte zur NS-Geschichte konnten wir in dieser Woche gemeinsam mit dem Amtschef des Kultusministeriums feierlich eröffnen. Wenn Sie demnächst selbst einmal in Kempten sind, dann halten Sie die Augen offen. Am Rathausplatz, am Residenzplatz, am Kornhaus, am Königsplatz und an der Allgäu-halle stehen die apricotfarbenen Stelen und zeigen: Der Nationalsozialismus war hier. Mitten in Kempten. Erinnerung ist keine Pflichtübung, sondern eine mehr denn je notwendige Mahnung. Dieses Projekt soll dazu beitragen, Geschichte verständlich zu machen – und Verantwortung bewusst. Ich freue mich, dass die Stelen mit der Einweihung nun noch stärker in den Fokus rücken.

DANK KLARER DIGITALPOLITIK – BAYERN ÜBERNIMMT DIE FÜHRUNG BEI START-UPS

Bayern ist Deutschlands neue Nummer eins bei Start-ups. 2025 sammelten junge Unternehmen bei uns im Freistaat rund 3,3 Milliarden Euro Wagniskapital ein – deutlich mehr als Berlin mit knapp 2,7 Milliarden Euro. Zusammen vereinen Bayern und Berlin über 70 Prozent des gesamten Start-up-Finanzierungsvolumens in Deutschland. Die größten Deals des Jahres gingen allesamt nach Bayern – und einer davon direkt ins Allgäu: Das Energie-Start-up Green Flexibility aus Kempten sammelte 400 Millionen Euro ein und gehört damit zu den drei größten Finanzierungsrunden des Jahres. An der Spitze steht das Münchner KI-Unternehmen Helsing mit 600 Millionen Euro, gefolgt von Green Flexibility und der Biotech-Firma Tubulis. Sieben der zehn größten Finanzierungsrunden entfallen auf bayerische Start-ups. Wenn Sie mich fragen: Kein Zufall. Unser Digitalminister Dr. Fabian Mehring hat früh auf KI, Hightech und internationale Tech-Ansiedlungen gesetzt – mit messbarem Erfolg. Bayern entwickelt sich damit zum digitalen Zukunftsmotor Deutschlands. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

MÜNCHEN FÜR EINIGE TAGE DER NABEL DER WELT – DIE MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Einen sehr aufschlussreichen Austausch hatten wir in dieser Woche mit Dr. Benedikt Francke dem CEO der Münchner Sicherheitskonferenz. Die 62.MSC findet vom 13.-15.2.26 in München statt. Über 50 Regierungs- und Staatschefs und 75 Außenminister werden hierzu erwartet. Im Vergleich zum Weltwirtschaftsforum Davos werden

hier weniger Fensterreden gehalten, sondern ernsthafte Gespräche geführt und dabei auch unangenehme Themen wie der Werteverfall in den USA, Venezuela, Taiwan und die weltweit 55 (!) aktuellen bewaffneten Konflikte nicht ausgespart. Die Stimmen mehren sich, das die internationale Ordnung wie wir sie kennen »beyond repair« ist. Wir tun also gut daran, uns nicht blind an die alte Ordnung zu klammern, sondern uns auf den Weg zu machen, als starker Partner und in einem geeinten Europa potenziellen Partnern ohne jede Ideologie ein Angebot der Zusammenarbeit und Ordnung zu machen, das Verlässlichkeit und langfristigen Nutzen anstatt Deals oder das Recht des Stärkeren verspricht. Eine schwierige, aber auch spannende Aufgabe. Dieser Ansatz verspricht auch eine spannende, im besten Fall wegweisende Sicherheitskonferenz!

DAS ALLGÄU VERLIERT EIN ORIGINAL – ABSCHIED VON DR. LEOPOLD HERZ

Für viele von uns sehr überraschend ist am 17. Januar mein ehemaliger Landtagskollege Leopold Herz im Alter von 72 Jahren verstorben. Leo war ein Unikum der Landespolitik: Mit ansteckender Fröhlichkeit und oft spitzbübischem Humor, gepaart mit stets fundiertem Fachwissen bei seinen Herzensthemen, setzte er sich vor allem anderen für »seine« Milchbauern und »sein« Allgäu ein. Dass er andere dabei bisweilen nicht zu ernst und sich selbst nicht zu wichtig nahm, machte ihn zu einem immer lebenswerten Mitstreiter. Ob wir gemeinsam im Wahlkampf im Allgäu unterwegs waren oder für Oberallgäuer Gemeinden in München etwas erreichten, mit Leo hatte man immer »Allgäu pur« an seiner Seite!



Der promovierte Agrarwissenschaftler und Landwirt aus Wertach gehörte der Fraktion seit ihrem erstmaligen Einzug in das Maximilianeum im Jahr 2008 an und vertrat die FREIEN WÄHLER über 15 Jahre hinweg mit großer Leidenschaft im Stimmkreis Lindau-Sonthofen. Seine politische Laufbahn begann der Allgäuer 2002 als Gemeinderat in Wertach und Kreisrat im Oberallgäu. Im Landtag legte er seinen Schwerpunkt konsequent auf die Agrarpolitik. Als aktiver Landwirt brachte Leopold Herz fundierte Expertise in den Landtagsagrarausschuss ein, dessen Vorsitz er in der 18. Legislaturperiode übernahm. Als stellvertretendes Beiratsmitglied der Bayerischen Staatsforsten setzte sich Herz insbesondere für eine nachhaltige Bewirtschaftung der heimischen Wälder ein.

Er hat eine Brücke zwischen der Arbeit auf den Höfen und den Gesetzgebungsverfahren in München geschlagen. Sein Wort hatte über alle Parteigrenzen hinweg Gewicht.

Neben der Landwirtschaft lag ihm die Situation an den bayerischen Schulen besonders am Herzen – daher brachte er sich zeitweise auch als Mitglied des Bildungsausschusses engagiert in die bayerische Schulpolitik ein.

Nach seinem Rückzug aus der Landespolitik hat er sich sehr auf seine Familie, Kinder und Enkel gefreut.

Schade, dass er sie nicht länger genießen konnte!

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de